

"Der Staatsvertrag ist erst möglich, wenn Russen zur Räumung bereit sind" in Wiener Kurier (19. Februar 1954)

Legende: Am 19. Februar 1954 erläutert die österreichische Tageszeitung Wiener Kurier die unterschiedlichen Verhandlungspositionen der vier Besatzungsmächte Österreichs auf der Konferenz von Berlin.

Quelle: Wiener Kurier. 19.02.1954, Nr. 41; 10. Jg. Wien. "Der Staatsvertrag ist erst möglich, wenn Russen zur Räumung bereit sind", p. 1; 8.

Urheberrecht: (c) Kurier

URL:

http://www.cvce.eu/obj/der_staatsvertrag_ist_erst_moglich_wenn_russen_zur_raumung_bereit_sind_in_wiener_kurier_19_februar_1954-de-e43758bc-a425-4b8b-974a-b1f4dedc4053.html

Publication date: 03/07/2015

Der Staatsvertrag ist erst möglich, wenn Russen zur Räumung bereit sind

Berlin, 19. Februar (WK). Die Berliner Konferenz der vier Außenminister ist gestern Abend mit dem Ergebnis zu Ende gegangen, daß Österreich keinen Staatsvertrag erhält, Deutschland vorläufig weiter geteilt bleibt, aber eine Konferenz über Probleme Koreas und eventuell Indochinas am 26. April in Genf beginnen soll. Die Außenminister der vier Großmächte gaben auch die Versicherung ab, daß sie gemäß einem Beschluß der Vereinten Nationen vom 28. November 1953 einen Meinungs austausch über Fragen der Abrüstung pflegen werden. Zwei endgültige Gegenvorschläge der österreichischen Bundesregierung und ein Appell Außenminister Ing. F i g l s waren nicht imstande, die vom „Njet“ charakterisierte Haltung des sowjetischen Außenministers M o l o t o w zu ändern.

Die Viererkonferenz ging auseinander, ohne daß ein Anzeichen dafür vorläge, wann die Österreichfrage gelöst werden könnte. Damit ist praktisch Österreich in der gleichen Position wie vor Beginn der Konferenz, nur daß entgegen der damaligen Situation keine Hoffnung auf eine baldige Unabhängigkeit besteht. Nur auf Kosten der Freiheit hätte Österreich durch Annahme der sowjetischen Bedingungen einen Staatsvertrag erhalten können; dies war unannehmbar.

Die Frage des Staatsvertrages ist nunmehr wieder auf den „diplomatischen Weg“ verwiesen, wo sie von den vier Mächten besprochen werden kann. Eine Lösung wäre jederzeit möglich, wenn die Sowjetunion die Grundbedingungen erfüllen würde. Die Außenminister der Westmächte wiesen mit allem Nachdruck darauf hin, daß für ein Übereinkommen keine Chance bestehe, solange die Sowjetunion nicht bereit sei, der Besetzung Österreichs ein Ende zu machen.

Außenminister D u l l e s umriß die Haltung der drei Westmächte mit folgenden Worten: „Ich glaube nicht, daß es irgend welchen Zweck hat, dem österreichischen Volk, den Völkern unserer Länder und der Welt vorzumachen, daß ein Staatsvertrag dem Abschluß nahe ist, solange es Bestandteil der sowjetischen Politik zu sein scheint, für eine unbegrenzte Zeit - einen Zeitraum, der sich über viele, viele Jahre erstrecken könnte – Truppen in Österreich weiter stationiert zu halten.“ Solange dies die Absicht der Sowjetunion sei, dürfe man sich nicht der Täuschung hingeben, es bestehe eine Möglichkeit, daß die Botschafter der vier Mächte sich in Wien zusammensetzen und über die Österreichfrage sprechen. Sobald aber die Sowjetunion ihren Standpunkt zurückziehe, dann könne schnell ein Staatsvertrag abgeschlossen werden.

Um 16,30 Uhr Schlußpunkt

Zwischen 15 Uhr und 16,30 Uhr rollte gestern im West-Berliner Kontrollratsgebäude der letzte Akt des österreichischen Dramas ab. Es war ungefähr halb fünf, als der sowjetische Außenminister, Molotow, erklärte: „Darf ich feststellen, daß die Beratungen über Österreich beendet sind.“ Damit war die letzte Erörterung der Österreichfrage abgeschlossen, ohne daß die Sowjetunion von ihren Forderungen abgegangen wäre, die Besetzung Österreichs auch nach Abschluß des Staatsvertrages fortzuführen und die außenpolitische Souveränität Österreichs einzuengen. Der letzte Konferenztag ging vorüber, ohne daß, wie die Westmächte vorgeschlagen hatten, der Staatsvertrag unterzeichnet werden konnte. Genau um 16,30 Uhr erhob sich die österreichische Delegation, es wurden noch Händedrucke ausgetauscht und dann verließen Österreichs Vertreter das Konferenzgebäude. Die österreichische Delegation tritt heute mit dem Flugzeug die Rückreise nach Wien an, wo sie um 19,25 Uhr auf dem Flughafen Tulln eintreffen wird.

In einem letzten Vorschlag zur Österreichfrage regte der sowjetische Außenminister an, die Großen Vier und Österreich mögen eine Erklärung abgeben, wonach die Fortsetzung der Verhandlungen über den Staatsvertrag auf diplomatischem Wege in Wien unter österreichischer Teilnahme erfolge. Außenminister Dulles schlug dazu vor, die Verhandlungen dann wieder aufzunehmen, wenn die Sowjetunion sich für einen „endgültigen, baldigen Zeitpunkt des Abzuges ihrer Truppen aus Österreich, wie in Artikel 33 vorgesehen“ entscheidet. Molotow implizierte, so sagte Dulles, daß der Abschluß des Staatsvertrages lediglich Verhandlungen über Fragen betreffe, die auf dem Verhandlungswege bereinigt werden könnten. Tatsächlich gehe es aber darum, ob überhaupt ein Vertrag gemacht werde oder nicht. Das Hindernis sei darin zu suchen, daß die Sowjetunion nicht bereit war, dem Hauptzweck des Staatsvertrages gerecht zu werden, nämlich der Wiederherstellung eines souveränen, demokratischen und unabhängigen Österreich. Dieser Zweck könne

nicht erreicht werden, solange eine Macht darauf bestehe, ihre Truppen unbegrenzt lange in Österreich zu halten.

Außenminister Figl hatte zuvor den gleichen Standpunkt eingenommen. In dem Bestreben, einen Mittelweg einzuschlagen, der die Mindestforderungen Österreichs befriedigen könnte, schlug er vor, die Besetzung auch über die 90tägige Frist, wie sie im Entwurf vorgesehen ist, zu verlängern, jedoch „nicht über den 30. Juni 1955“ hinaus. Molotow lehnte dies ab.

Ing. Figl unterbreitete einen weiteren Kompromißvorschlag, nämlich den Artikel 56 dahingehend zu ändern, daß die vier Besatzungsmächte die Durchführung des Vertrages auf unbegrenzte Zeit, statt, wie im Entwurf vorgesehen, auf 18 Monate überwachen könnten. Auch diese Konzession, die letzte, die Figl machen konnte, und die noch die Souveränität Österreichs gewahrt hätte, wurde von Molotow mit „Njet“ beantwortet.

Bidault: Ölfelder nicht unerschöpflich

Der französische Außenminister **B i d a u l t** beschäftigte sich besonders mit Artikel 35 des Staatsvertrages. Er sagte, wenn der Staatsvertrag 1949 abgeschlossen worden wäre, hätte Österreich im Jahre 1982 wieder alle Rechte auf seine Ölfelder erhalten. Wenn man jetzt unterzeichne, dann würde Österreich erst im Jahre 1987 in den Genuß seiner Ölrechte kommen, wenn man aber den Vertrag nicht jetzt in Berlin unterzeichne, dann frage er sich, wann Österreich überhaupt seine Ölfelder werde ausnützen können. Die Ölfelder aber seien von Natur aus nicht unerschöpflich. Und es könne infolge einer weiteren Verzögerung der Fall sein, daß die Felder erschöpft würden, bevor Österreich über sie verfügen könne. Auch diese Frage müsse in Erwägung gezogen werden und als Argument zur möglichst schnellen Unterzeichnung des Vertrages dienen. Auch dieser Appell an Molotow blieb fruchtlos. Molotow erklärte, die Außenminister müßten einsehen, daß eine Einigung über den Staatsvertrag derzeit nicht möglich sei.

Außenminister Figl gab dann eine Erklärung ab, in der er dankte, daß Österreich seinen Standpunkt in Berlin habe vertreten können. Er gab jedoch dann der größten Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die Konferenz nicht den Vertrag gebracht habe. Die Enttäuschung des österreichischen Volkes werde groß und nicht ohne Bitterkeit sein. Die mühevollen Aufbauarbeiten werde aber trotzdem unverdrossen fortgesetzt werden, Österreich sei auch dafür, daß in Wien weiter verhandelt werde.

Staatssekretär **K r e i s k y** betonte: „Wir kehren mit leeren Händen nach Wien zurück.“ Die Bundesregierung sei bis zum Äußersten gegangen, um in letzter Minute eine Einigung herbeizuführen. Molotow erklärte schließlich noch, er wolle den Dank der sowjetischen Delegation dafür aussprechen, daß Ing. Figl so aktiv an den Beratungen teilgenommen habe.

Ein knappes Kommuniqué

Das Ende der gestrigen Sitzung verkündeten dröhnende Schläge der Freiheitsglocke im West-Berliner Rathaus. Das Kommuniqué der Außenminister stellt, wie bereits kurz erwähnt, fest, daß beschlossen worden sei, daß eine Konferenz von Vertretern der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR, der Volksrepublik China, der Republik Korea, der Volksrepublik Korea und anderer Länder, die an den Kampfhandlungen in Korea teilnahmen und der Konferenz beizuwohnen wünschen, am 26. April in Genf zwecks friedlicher Beilegung der koreanischen Frage zusammentreten soll. Auch das Problem der Wiederherstellung des Friedens in Indochina solle dabei erörtert werden. Es herrsche Einverständnis darüber, daß weder die Einladung zur Konferenz noch ihre Abhaltung eine diplomatische Anerkennung in sich schließt, wo eine solche nicht gewährt wurde. Das Kommuniqué erwähnt dann die Abrüstung und die Tatsache, daß, trotz einem umfassenden Gedankenaustausch über Deutschland, Österreich und die der europäischen Sicherheit in diesen Fragen kein Übereinkommen erzielt werden konnte.

Dulles: Fundamentale Unterschiede

In seiner Schlußansprache erklärte der amerikanische Außenminister Dulles, die Mißerfolge in Berlin seien

nicht so sehr auf Mangel am Bemühen zurückzuführen als auf grundlegende Unterschiede in den Ansichten von Ost und West. Die Westmächte wären gewillt gewesen, Deutschland und Österreich Vertrauen zu schenken, die Sowjetunion aber nicht. Die Sowjetunion sei weiter der Auffassung, ihre Sicherheit hänge weiterhin von der Aufrechterhaltung eines Machtübergewichtes ab, das jedes Land ihrem Druck ausliefern würde. Es werde weiterhin die Frage studiert werden, wie man das Los der Deutschen und Österreicher erleichtern könne.

In der deutschen Frage gingen die Außenminister ohne Beschluß auseinander. Nach Mitteilung eines britischen Sprechers wurden jedoch die Hochkommissare angewiesen, sich demnächst mit dem sowjetischen Hochkommissar in Verbindung zu setzen, um gewisse Erleichterungen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone zu beraten.

Außenminister Dulles betonte gestern vor amerikanischen Truppen in Berlin die Entschlossenheit der Westmächte, ihre Streitkräfte in Berlin zu belassen.

In Londoner diplomatischen Kreisen wurde zum Ausgang der Konferenz erklärt, die Beschlüsse zeigten das Bestreben, einem „Heißen Krieg“ auszuweichen, es sei aber nicht gelungen, den Kalten Krieg zu beenden. In London glaubt man, daß das negative Ergebnis die Ratifizierung des Europa-Armee-Vertrages erleichtern dürfte. Besonders bedauert wurde, daß Österreich keinen Staatsvertrag erhalten habe.

In französischen Kreisen wurde die geplante Fernostkonferenz besonders im Hinblick auf Indochina begrüßt, während die Meinungen über die Auswirkungen auf den EVG-Vertrag geteilt sind.